

# Schiersteiner Zeitung

## Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend  
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)  
(Schiersteiner Neues Nachrichten) — (Niederwallener Zeitung)

Erscheint: Dienstage,  
Donnerstage, Samstage  
Druck und Verlag  
Probst'sche Buchdruckerei  
Schierstein.  
Verantwortlicher Schriftleiter  
Wilh. Probst, Schierstein.

Anzeigen  
kosten die einseitige Kolonelle  
oder deren Raum 20 Pfg.  
Reklamen 60 Pfg.

Bezugspreis  
monatlich 90 Pfg., mit Bringer-  
lohn 95 Pfg. Durch die Post  
bezogen vierteljährlich 2.55 Mk.  
auschl. Bestellgeld.

Fernruf Nr. 164.

Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Fernruf Nr. 164

Nr. 86.

Samstag, den 26. Juli 1919.

27. Jahrgang

VI/Ty. COMMISSION INTERALLIÉE DES TERRI-  
TOIRES RHENANS. No. 165.

Coblence le 6 juillet 1919.

Instruktionen der Interalliierten Kommission der  
Rheinischen Gebiete betr. die Zensur der Wertbriefe.

In der 2. Sitzung am 1. Juli hat die Interalliierte  
Kommission der Rheinischen Gebiete entschieden, daß der  
Verkehr der Banknoten, Schecks, Wechsel und Effekten  
enthaltenden Briefe zwecks kaufmännischer Zahlungen  
zwischen dem besetzten und den alliierten und neu-  
tralen Ländern künftighin frei ist.

5683/A. Pour copie conforme:  
Wiesbaden, le 17 juillet 1919.

Le Commandant de Juvigny,  
Administrateur militaire du Cercle  
de Wiesbaden (Campagne).  
signé: de JUVIGNY.

### Bekanntmachung.

Keine neuen Regelungen betreffend Ein- und  
Ausfuhr kann von den deutschen Behörden erteilt werden,  
ohne zuvor die Genehmigung der Interalliierten Kommission  
der Rheingebiete eingeholt zu haben (Xe. Armée No.  
1008—3/5 den 21. Juli 1919.)

Wiesbaden, den 24. Juli 1919.

Le Commandant de Juvigny,  
Administrateur militaire du Cercle  
de Wiesbaden (Campagne).  
signé: de Juvigny.

Xe. Armée ETAT — MAJOR Bureau des Affaires  
Civiles No. 10848—4/5.

Q. G. A. le 15 juillet 1919.

1) Les postes de con-  
trôle et les courants de  
circulation établis par Note  
Xe Armée No. 5506—1/2  
du 1. Juillet 1919 doivent  
être maintenus.

2) Les marchandises  
transportées doivent à l'  
entrée et à la sortie faire  
l'objet d'une déclaration au  
Chef du poste de contrôle.  
Cette déclaration doit men-  
tionner poids et nature des  
marchandises, expéditeur et  
destinataire. Elle doit être  
inscrite sur registre spécial  
à ouvrir dans chaque poste  
de contrôle d'après indica-  
tions à donner par Adminis-  
trateurs intéressés.

3) Chefs de poste dev-  
ront s'assurer exactitude de  
déclarations et interdire  
passage marchandises au  
sujet desquelles restrictions  
sont maintenues.

1) Die Kontrollierungsstellen  
und die Verkehrsregelungen,  
die durch die Note der  
Xe Armée Nr. 5506—1/2  
vom 1. VII. 1919 aufgestellt  
wurden, werden beibehalten.

2) Die Waren, die ein-  
und ausgeführt werden,  
müssen Gegenstand der An-  
meldung beim Chef der  
Kontrollstelle sein. Diese  
Anmeldung muß Gewicht,  
Natur, Absender und  
Empfänger enthalten und  
muß in einem bei jeder  
Kontrollstelle vorzuweisenden  
Register — nach den von dem  
zuständigen Administrator zu  
gebenden Angaben — ein-  
geschrieben sein.

3) Die Chefs der Kon-  
trollstellen müssen sich von  
der Richtigkeit der Anmel-  
dungen überzeugen und den  
Durchgang der Waren über  
die die Einschränkung noch  
verhängt ist, verbieten.

6306/A. Pour copie conforme:  
Wiesbaden, le 16. juillet 1919.

Le Commandant de Juvigny  
Administrateur militaire du Cercle de  
Wiesbaden (Campagne).  
signé: de JUVIGNY.

### Bekanntmachung.

Das Oberste alliierte Kommando hat verfügt, daß  
die von der Reichsregierung und den deutschen Staaten  
seit dem Waffenstillstand gegebenen Gesetze und Dekrete  
für die besetzten Gebiete nicht anwendbar sind, solange  
keine Gegenentscheidung getroffen ist.

Die Interalliierte Kommission der Rheinlande hat  
aber am 7. Juli 1919 die Anwendung des Erlasses der  
Reichslebensmittelstelle vom 2. März und die Verfügung  
vom Preuß. Lebensmittelkommissar vom 26. März betr.  
Abschätzung der bebauten Bodenfläche und Erntebere-  
chnung im besetzten Gebiet erlaubt.

Wiesbaden, den 24. Juli 1919.

Le Commandant de Juvigny,  
Administrateur militaire du Cercle  
de Wiesbaden (Campagne).  
signé: de Juvigny.

Xe. Armée District de Wiesbaden Cercle de Wiesbaden  
(Campagne). 6361/A.

### Bekanntmachung betreffend Versammlungen.

1) Der Bürgermeister ist berechtigt, in seiner Ge-  
meinde die Konzerte, Feste, und Tanzstunden, die theatra-  
lischen und kinematografischen Vorstellungen in den Grenzen  
der Polizeivorschriften zu genehmigen.

Der Bürgermeister ist für die Ordnung in diesen Ver-  
sammlungen verantwortlich und ist es untersagt, die in  
§ 2 angegebenen Punkte zu berühren.

2) Alle Straßenumzüge und die Versammlungen,  
die einen sportlichen, religiösen, belehrenden, militärischen,  
kaufmännischen, industriellen, landwirtschaftlichen oder politischen  
Charakter tragen, bedürfen der vorherigen Genehmigung des  
Administrateurs. Die Gesetze sind vom Bürgermeister auf-  
und direkt an den Administrator zu schicken.

3) Befindet sich in der Ortschaft ein Ortskommandant  
so hat der Bürgermeister denselben alle von ihm oder von  
dem Administrator genehmigten Versammlungen zu benach-  
richtigen. Der Ortskommandant läßt die Versammlungen  
überwachen und kann dieselben auch verbieten, in letzterem  
Falle benachrichtigt er den Administrator militärisch.

4) Als Versammlung werden nicht betrachtet:  
Besprechungen unter weniger als 6 Personen, die die Auf-  
nahme eines Protokolls, einer Beschlussfassung, oder einer  
Entscheidung nicht nötig machen.

5) Die Bekanntmachung vom 13. Mai 1919 sowie  
alle im Landkreise Wiesbaden entgegen dieser Instruktionen  
getroffenen Bestimmungen sind ungültig.

Le Commandant de Juvigny,  
Administrateur militaire du Cercle  
de Wiesbaden (Campagne).  
signé: de Juvigny.

### Neue Streiks.

#### Streik der Telegraphenarbeiter.

mz. Berlin, 25. Juli. Nachdem wegen Teil-  
nahme an dem Streik am 21. Juli 287 Arbeiter ent-  
lassen worden waren, beschloßen gestern Abend die  
Telegraphenarbeiter, sofort in den Streik einzutreten. Die  
Arbeitsniederlegung ist heute Vormittag erfolgt. Wie die  
B. Z. meldet, soll, falls die verlangte Wiedereinstellung  
der 287 Arbeiter nicht zugestanden wird, der Streik über  
das ganze Reich ausgedehnt werden und binnen drei  
Tagen in Kraft treten.

#### Streik im Bornaer Revier.

mz. Leipzig, 25. Juli. Auf den Gruben des  
Bornaer Braunkohlenreviers ist der seit längerer Zeit  
erwartete Lohnstreik ausgebrochen. Die Betriebe liegen  
still. Nur sogenannte Notstandsarbeiten werden ausgeführt.

#### Einschränkung des Personenverkehrs.

Wie man mitteilt, haben einzelne Eisenbahndirektionen,  
u. a. die in Danzig und Bromberg, gemeldet, daß sie  
nur noch für fünf Tage Kohlen besitzen. Angesichts  
dieser Sachlage muß jederzeit damit gerechnet werden,  
daß der Personenverkehr, der mit Rücksicht auf die Reise-  
zeit und den Bäderverkehr soweit gehend als irgend  
möglich ausgestaltet wurde, eine Einschränkung erfahren  
muß. Die geringsten Störungen im Werkstättenbetrieb  
oder in der Kohlenversorgung können jetzt die weittragsten  
und unangenehmsten Folgen auslösen. Die Ursache der  
sich jetzt geltend machenden ungenügenden Kohlenversorgung  
liegt wieder an den letzten Streiks, namentlich der Eisen-  
bahner, wodurch keine Kohlenzüge an Ort und Stelle ge-

langen konnten. Die Eisenbahnverwaltung wird gerade  
jetzt durch Anträge von Behörden, Handelskammern,  
Städte usw. dauernd gedrängt, infolge des außerordentlich  
gesteigerten Personenverkehrs eine Erweiterung desselben  
vorzunehmen, da die Züge infolge der Überfüllung zu  
schwer werden und Verspätungen erleiden. Angesichts  
der geschilderten Sachlage — zurzeit befindet sich auch jede  
zweite Lokomotive in Reparatur — ist leider das Gegen-  
teil der erwünschten Verbesserung zu erwarten. Weitere  
Streiks, die Verzögerungen in den Reparaturen verursachen  
und die Kohlenzufuhr ungünstig beeinflussen, müssen den  
Personenverkehr zu einer Einschränkung bringen, die der  
Bevölkerung die schwersten Entbehrungen auferlegen  
würde.

#### 17 Millionen Tonnen Kohlen.

mz. Der „Völkische Anzeiger“ meldet aus Weimar: In  
Ergänzung einer Meldung über die Kohlenlieferung an  
die Entente sei noch mitgeteilt, daß über den Gang der  
Pariser Verhandlungen bisher nur ein Bericht des  
Legationsrates v. Versner vorliegt. Die Entente stellt  
Forderungen auf jährlich 17 Millionen Tonnen Kohlen,  
deren Lieferung auf zehn Monate verteilt werden soll,  
sodas für den Monat deutscherseits 1,7 Millionen Tonnen  
zu liefern wären. Das Kabinett beschäftigt sich bereits  
mit dieser Frage.

#### Amerika und Japan.

mz. Versailles, 25. Juli. Der Sonderbericht-  
erstatter des „Echo de Paris“ in Washington meldet,  
Wilson habe Japan aufgefordert, ein öffentliches Ver-  
sprechen hinsichtlich der Rückgabe von Schantung zu geben,  
habe aber bis jetzt noch keine Antwort erhalten.

#### Die Rheinlandfrage.

Auf Einladung des preussischen Staatsministeriums  
traten am Mittwoch im Ständehaus in Düsseldorf  
die berufenen Vertreter des Rheinlands und der ande-  
ren westlichen Staatsteile zu einer Besprechung über  
das Verhältnis der westlichen Teile des preussischen  
Staates zum Staatsganzen zusammen. Soweit erfor-  
derlich, sollten dabei alle trennenden und bindenden  
Tatsachen vollständig unter Zurückstellung der parteipoliti-  
schen Gesichtspunkte in sachlicher Weise gewürdigt wer-  
den. Demgemäß wurden sowohl die Anhänger, als  
auch die Gegner der Bestrebungen zur Loslösung von  
Preußen geladen. Die Anhänger leisteten leider der Ein-  
ladung nur in geringem Umfange Folge. Von den  
preussischen Ressorts waren erschienen: Ministerpräsident  
Hirsch, Handelsminister Fischer, Kultusminister  
Gänisch, Justizminister Amrehn, Justizminister  
Stegewald und mehrere Ministerialdirektoren und Regierungsräte. Auch das Auswär-  
tige Amt war vertreten. Die Frage, ob und inwie-  
weit im jetzigen Zeitpunkt durch die Loslösung  
von Preußen Vorteile in den Friedensbedingungen oder  
Besetzungsverhältnissen hätten erwartet werden können,  
schied aus der Erörterung aus, da sie im gegenwärtigen  
Augenblick nicht mehr von irgendwelcher praktischer  
Bedeutung sei. Während einerseits die Angehörigen  
wirtschaftlicher Interessengruppen ausreißend darauf  
hinwiesen, daß die Zerstückung des Deutschen Reichs-  
gebiets unter keinen Umständen angängig sei, bestand  
auch bei den Anhängern der Loslösungsbestrebungen  
kein Zweifel darüber, daß wirtschaftliche Sonderverträge  
für einen Weststaat, der nur bei einer Annäherung nach  
Westen zu erreichen seien, keineswegs angestrebt würden.  
Die Wünsche des Landes auf ausreichenden Spielraum  
für seine berechnete Eigenart, insbesondere bezüglich  
der Heranziehung von mit besonderen Kenntnissen von  
Land und Leuten ausgestatteten Beamten scheinen durch  
die neue Verwaltungspraxis in ausreichender Weise er-  
füllt werden zu können.

Dann nahmen in besonderem Maße kulturpo-  
litische Fragen das Interesse der Versammlung in  
Anspruch. Trotz sich hier zeigender Schwierigkeiten wird  
bei allseitigem guten Willen der Beteiligten eine sach-  
gemäße Erledigung auch aller dieser Fragen zu erwar-  
ten sein. Im Vordergrund der Beratungen des zwei-  
ten Tages stand der Gesetzentwurf über die Ausgestal-  
tung der Selbstverwaltung der Provinzen. Staatsmini-  
ster Dr. Drews gab in den Verhandlungen hierüber  
eine wertvolle Grundlage durch die Erörterung der  
Grundsätze der von ihm bearbeiteten Verwaltungsreform.  
Die Verhandlungen über die Verwaltungsreform und  
das Gesetz über die Ausgestaltung der Selbstverwaltung  
boten eine Fülle beachtenswerter Anregungen. Es ist  
von keiner Seite verkannt worden, daß das letzte-  
nannte Gesetz zwar nach verschiedenen Richtungen hin

etner Ueberprüfung bedürfte, daß aber auf dem Wege, auf dem dieses Gesetz liegt, im Zusammenhang mit der notwendigen und allseitig begründeten Ausgestaltung der Reichseinheit das Mittel gefunden sei, die staatlichen Verhältnisse Deutschlands zu einer Lösung zu führen, die für Deutschland die größte Zukunftsbedeutung habe und ein dauernd verheißendes ruhiges inneres Wachstum und zugleich außenpolitisch die größte Sicherheit gegen Abtrennungsversuche bedeute. Die Beunruhigung, die bisher durch die Frage der staatlichen Gestaltung in das gesamte Deutsche Reich, insbesondere in seinen Grenzmarken getragen wurde, wurde im gegenwärtigen Augenblick als in so hohem Maße für die Befriedung unseres Staates abträglich angesehen, daß die Hoffnung begründet erschien, daß dem von allen Seiten Rechnung getragen werden wird.

## Zur Friedensfrage.

### Deutschland und der Völkerverbund.

Barnek teilte in seiner während der Aussprache im englischen Unterhause über den Friedensvertrag gehaltenen Rede mit, daß man bereit sei, Deutschland sobald wie möglich in den Völkerverbund aufzunehmen, und daß der Vizepräsident zugestanden habe, daß nach Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund auch deutsche Vertreter zu der Konferenz zugelassen werden sollen, die die Arbeitsregelung behandeln soll.

### Der Wiederaufbau.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Wie wir schon berichteten, werden die technischen Arbeiten für den Wiederaufbau Nordfrankreichs vom Reichswirtschaftsministerium geleitet werden. Wie uns von diesem mitgeteilt wird, ist vorläufig nur vorgesehen, daß Ministerialdirektor Müller mit der Führung beauftragt werden wird. Im übrigen stehen Einzelheiten noch nicht fest. Soweit solche in der Presse erschienen sind, dürfte es sich lediglich um Vermutungen handeln.

### Die Finanzierung.

Der Friedensausfluß der französischen Kammer hörte die Fortsetzung des Berichts des Abg. Dubois über die finanziellen Klauseln des Friedensvertrages an. Dubois sagte, man frage sich, ob Deutschland in der Lage sei, die Verpflichtungen des Vertrages zu erfüllen. Man müsse bedenken, daß die Vermögensaufstellung Selbstzweck Objekt in Betracht gezogen haben hinsichtlich der Werte im feindlichen Ausland. Die meisten dieser Werte befanden sich in Amerika. Frankreich sei verhältnismäßig in ungünstiger Lage, da nur wenige deutsche Werte in Frankreich seien.

### Deutsches Reich.

—\* Zu der Meldung, daß die Reichsregierung beabsichtige nach Erledigung der Programmreden des Ministerpräsidenten Bauer und des Reichsministers des Auswärtigen Müller nach Berlin zurückzukehren, wird mitgeteilt, daß an den zuständigen Stellen in Weimar von einer solchen Absicht der Regierung nichts bekannt ist. Im Gegenteil ist anzunehmen, daß die Reichsregierung zur Erledigung der Steuerfragen in der Nationalversammlung in Weimar bleiben wird.

—\* Dem Vermehren nach wird in den Kreisen der Reichsfinanzverwaltung jetzt auch der Gedanke der Aufnahme einer Zwangsanleihe erwoogen. Es soll ein Betrag von 200 Milliarden Mark in Frage kommen. Ueber die Höhe der Verzinsung bestehen Meinungsverschiedenheiten. Man spricht von einer Verzinsung von 2 v. H. Die Beträge, die von der Zwangsanleihe von der Bevölkerung zu übernehmen sind, sollen je nach der Vermögenslage des einzelnen abgestuft werden. Name der Gedanke zur Verwirklichung. So würde die große Vermögensabgabe zunächst ver-

worfen werden. Ihre Erhebung würde dann später stattfinden und sie könnte durch Ausgabe von Zwangsanleihe durch die Steuerpflichtigen entrichtet werden. Ob man diese Pläne weiter verfolgen wird, steht vorläufig noch dahin.

—\* Die Vorlage über die Erhöhung der Umsatzsteuer ist nunmehr vom Staatsauschuß fertiggestellt worden. Im allgemeinen soll sie 1 v. H. betragen für alle Haushaltsgegenstände, 5 v. H. beim Abgang vom letzten Verkäufer, für Luxuswaren beim Abgang vom Hersteller 10 v. H. Verschiedene Dinge, wie Feinkost, Blumen usw. werden mit 10 v. H. beim Abgang vom Verkäufer, Zeitungspapier, die Unterbringung von Personen in Gasthöfen, die Aufbewahrung von Wertpapieren und Felzen soll mit 10 v. H. belastet werden. Für die Ein- und Ausfuhr ist eine gewisse Schonung vorgesehen, besonders bei der Ausfuhr sollen Rückzahlungen eintreten, die aber, wie das „Berliner Tageblatt“ meint, lange nicht weit genug gehen.

—\* Im Ausschuß der deutschen Nationalversammlung für das Tabaksteuergesetz erklärte Minister Erzberger, daß er nach wie vor an den Grundsätzen des vorgelegten Tabaksteuergesetzes festhalte und die Einführung eines Alleinhandelsmonopols für Tabakerzeugnisse weder für das Reich noch für die Gemeinden in Aussicht genommen habe.

### Die Volksabstimmung in der Ostmark.

Die „Morgenpost“ meldet aus Boppo: Infolge der bevorstehenden Volksabstimmung wird die Garin von Marienburg aufgelöst. Bis auf 200 Mann sind die Truppen bereits nach ostpreussischen Städten beordert worden. Der Danziger Hafen wird von Kriegsschiffen geräumt. Der große Kreuzer „Graf Spee“, sowie die kleinen Kreuzer „Danzig“ und „Stein“ sind nach Pillau gebracht worden.

### Ruhestörungen in Sonderburg.

Aus Sonderburg wird berichtet: Am 23. Juli landeten in Sonderburg ohne Rasse und Ausnahme etwa 1900 dänische Pfabfinder unter Führung von Offizieren. Die dänische Bevölkerung der Stadt eilte an die Landungsbrände, um dadurch den erwarteten Widerstand der Behörden gegen die Landung zu unterbinden. Die Pfabfinder wurden durch den Sonderburger Agitator Graus mit einer Rede empfangen, in der er heftige Aussätze gegen Deutschland mit Hochrufen auf das größere Dänemark verband. Unter seiner Führung traten die Pfabfinder dann zu einer Demonstration durch die Stadt unter Absingung dänischer Lieder an. Durch das Verhalten Graus gereizt, zog abends ein Zug Deutscher gegen das dänische Versammlungshaus und verlangte die Auslieferung des Graus, doch ohne Erfolg. Am nächsten Morgen versammelte sich dann die dänische Bevölkerung auf dem Markt und veranlaßte die Menge zu dem Beschluß der Entsendung einer Kommission nach Kopenhagen, die die Entente zur sofortigen Befreiung Norddeutschlands zur Sicherheit der ansehnlich schuldlosen Bevölkerung ersuchen soll. Bei diesen Ereignissen ist es wiederholt zu Mißhandlungen Deutscher gekommen. Die Deutschen des Kreises Sonderburg verlangen von der Behörde eine genaue Untersuchung und strenge Abmahnung gegen die Ruhestörungen, einerlei, ob Deutsche oder Dänen. Sie protestieren gegen die systematische Verhöhnung mit dänischen Demonstrationen.

### Luxemburg.

In der Kammer schlug Präsident Altwies vor, das Großherzogtum Luxemburg solle sich finanziell am Wiederaufbau Verbunds beteiligen und diese Stadt adoptieren. Der Vorschlag fand einstimmigen Beifall. Die Angelegenheit wird bei dem Staatshaushalt geregelt.

## Merke! Nachrichten.

### Fortdauer der Fleischkarte.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung über die Aufrechterhaltung der Fleischkarte und über die Verbrauchshöchstmengen an Fleisch und Fleischwaren, sowie eine Bekanntmachung über die Verlängerung der Prioritätspflichten in Dänemark.

### Die Kriegsgefangenen.

Die amerikanische Behörde hat an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt, daß sie vollkommen den Wunsch des deutschen Volkes mitempfinde, den zurückkehrenden Kriegsgefangenen ein Willkommen zu bereiten, in Anbetracht dessen aber, daß die militärische Befreiung dauern müsse, bis der Friede von den verbündeten Regierungen bestätigt sei, und besonders mit Rücksicht darauf, daß in der gegenwärtigen Zeit etwaigen Störungen vorgebeugt werden müsse, werde der Oberpräsident beauftragt, die Regierungspräsidenten in Koblenz und Trier zu benachrichtigen, daß der Empfang der Kriegsgefangenen auf den persönlichen und Familienempfang zu beschränkt sei. Am liebsten Empfang, Umzüge und andere öffentliche Versammlungen seien nicht gestattet. Dies solle natürlich das Kreuz nicht daran hindern, den Kriegsgefangenen an den Bahnhöfen Erfrischungen darzubieten.

### Das Schicksal des Kaisers.

Im Laufe der Debatte über den Gesetzentwurf betreffend den Friedensvertrag sagte Lord Curzon im englischen Oberhaus, es sei möglich, daß das gerichtliche Verfahren gegen den ehemaligen deutschen Kaiser nicht in London abgehalten werde. Man habe eingesehen, daß hiergegen wegen des damit verbundenen unerwünschten Aufsehens und der Erregung der öffentlichen Meinung und der Störung des öffentlichen Lebens ernste Bedenken vorliegen. Ein endgültiger Beschluß sei noch nicht ertönt und falls der Prozeß auf englischem Boden stattfinden, sei damit nicht getan, daß für diesen Zweck London gewählt werde. Die Gesetzentwürfe über den Friedensvertrag und den englisch-französischen Vertrag wurden in allen Lesungen einstimmig angenommen.

### Der Kronprinz.

Aus New-York wird gemeldet: In dem „New-York Times“ veröffentlicht Karl v. Biemann eine Unterredung mit dem Kronprinzen. Der Kronprinz erklärte, daß er noch immer Vertrauen in das Geistes der Gerechtigkeit in den Vereinigten Staaten habe. Während der Kaiser und er schwerlich eine gerechte Behandlung durch einen Gerichtshof, der aus ihren Feinden und Gegnern besteht, erwarten könnten, seien sie doch bereit, vor einem Gerichtshof in den Vereinigten Staaten zu erscheinen, wo die Anwesenheit einer großen Zahl Bürger deutschen Blutes die gewünschte Atmosphäre hervorrufen würde. Ueber die Zukunftspfade sagte der Kronprinz, daß er gern aus Amerika kommen würde, um sich dort Finanzgeschäften zu widmen. Ich möchte, sagte er, gern ein Dollarmilliard in Amerika sein, denn ich glaube, daß dieser Thron fester ist als der unsrige.

### Spanien und Raifuli.

Laut „Allgemein Handelsblatt“ meldet die „Times“ aus Tanger, daß die spanischen Streitkräfte in den Bezirken Tatan, Ceuta und Larache aus Madrid die Instruktion erhalten haben sollen, die Feindseligkeiten gegen Raifuli und die eingeborenen Stämme einzustellen.

## Rote Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

82) Nachdruck verboten.

Sie merkte gar nicht, daß Henning sie mit brennenden Blicken betrachtete und sehr unruhig wurde. Auch Graf Rainer achtete jetzt nicht auf den Bruder. Nur Gräfin Gerlinde ließ ihn nicht aus den Augen, und auch ihr Antlitz wurde blaß. Ihr war es ein großer Strich durch die Rechnung, wenn Josta abreiste. Auf Graf Rainer jedoch wirkte dieser Ruf von Josta wie eine Erlösung. So sehr er die Erkrankung ihres Vaters bedauerte, war doch ein Gefühl in ihm, als bewahre es ihn vor dem Schlimmsten, daß sie jetzt von seinem Bruder getrennt wurde.

Du kannst in zwei Stunden reisen, Josta. Und natürlich begleite ich dich. Du, mein lieber Henning, bist ja in Ramburg zu Hause und nimmst es uns nicht übel, wenn wir dich auf kurze Zeit Gerlindes Gesellschaft überlassen.“

Henning war nicht imstande, zu antworten. Ihm war zumute, als wenn ihm die Sonne genommen werden sollte und er im ewigen Dunkel zurückbleiben müßte. Er wurde sehr blaß und seine Zähne bißen sich aufeinander. Der Gedanke, daß Josta jetzt Ramburg verlassen würde, brachte ihn fast zur Verzweiflung, und er meinte, er müsse jetzt etwas ganz Unsinntiges tun, um sie zu halten.

Josta achtete auf nichts. Sie eilte in ihre Zimmer, um sich reisefertig zu machen.

Auch Graf Rainer zog sich zurück, um noch einiges mit Heilmann zu besprechen.

So saßen sich Gräfin Gerlinde und Graf Henning plötzlich allein gegenüber. Sie sprachen beide nicht. Erst nach einer langen Weile sagte die Gräfin, als wollte sie sich selbst ermutigen:

„Es kann ja nur wenige Tage ausmachen, Better, so lange werden wir wohl miteinander auskommen.“

Graf Henning schrak aus seinen Gedanken auf, sah sie mit starren Augen wie geistesabwesend an und ging, eine Entschuldigung murmelnd, schnell aus dem Zimmer.

„Wenn ich Jostas so sicher wäre, wie seiner — dann würde mir diese Trennung nichts ausmachen,“ dachte sie.

Zwei Stunden später reiste Graf Rainer mit seiner Gattin ab.

Graf Henning und Gräfin Gerlinde saßen sich beim Diner allein gegenüber und sprachen nur wenige gleichgültige Worte miteinander.

Gleich nach Tisch entschuldigte sich Henning mit Kopfschmerz und zog sich in seine Zimmer im Ostflügel zurück. Er hatte nur mit Mühe einige Bissen essen können. Der Hals war ihm wie zugeschnürt.

Gräfin Gerlinde fand die Gelegenheit günstig, einmal wieder das Geheimfach zu revidieren. Langsam schritt sie nach Jostas Gemächern hinüber und betrat bald mit ihren leisen, gleitenden Schritten das Boudoir. Wieder, wie so oft schon, öffnete sie das Fach und starrte hinein — es war leer, ganz leer.

Vergerlich biß sich Gerlinde auf die Lippen, und ihre Augen bohrten sich tief auf das verschlossene Fach, wo sie Jostas Tagebuch wußte. Wenn sie es doch hätte öffnen können! Seufzend drückte sie das Geheimfach wieder zu. Es schnappte mit dem feinen, springenden Geräusch der Feder wieder ein. In demselben Moment trat plötzlich Graf Henning unter der Portiere hervor, die das Gemach von dem Nebenzimmer schied. Die Sehnacht hatte ihn hierher getrieben. Er wollte wenigstens die Luft atmen, die Josta sonst umgab. Ahnungslos, daß sich Gerlinde hier befand, war er eingetreten.

Nun sah er, daß diese sich an Jostas Schreibtisch zu schaffen machte, wenn er auch nicht mehr das offene Fach gesehen hatte. Zugleich war es ihm mehr als unangenehm, daß er von ihr in Jostas Zimmern betroffen wurde.

Gräfin Gerlinde hatte ebenfalls einen Moment ihre Fassung verloren. Sie wußte nicht, ob Henning, gesehen hatte, daß sie das Fach geöffnet hatte.

Einen Moment standen sie sich sprachlos gegenüber. Die Gräfin sagte sich indes zuerst:

„Nun, Better, ist das Kopfschmerz besser? Ich suche hier nach einem Buch, das wir, Josta und ich, gemein-

sam zu lesen begonnen hatten. In der Bibliothek fand ich es nicht.“ Ich dachte nun, Josta habe es herüber in ihr Zimmer genommen. Leider finde ich es nicht.“

So sagte sie scheinbar unbefangen. Graf Henning empfand, trotz seiner eigenen Befangenheit, wieder einmal starkes Mißtrauen gegen die Gräfin. Wenn auch nicht wußte, was sie hier am Schreibtisch gesucht hatte — daß ihre Anwesenheit hier nicht so harmlos war, als sie glauben machen wollte, hatte ihm die Erschrecken verraten. Er beschloß, Josta zu warnen. Irgend eine Erklärung für sein Eindringen in ihr Zimmer würde sich ja für ihn finden lassen.

„Darf ich dir helfen, das Buch zu suchen? Wie leicht ist es doch in der Bibliothek.“

„Nein, nein, ich danke und will dich nicht stören.“ „Nicht stören? Ich wollte nur hinüber in Rainers Arbeitszimmer gehen und wählte den kürzeren Weg durch Jostas Zimmer. In Rainers Zimmer ist die Hausapotheke verwahrt. Ich wollte mir nur ein Mittel gegen mein Kopfschmerz holen“, sagte er hastig.

Gräfin Gerlinde wußte, daß dies eine Ausrede war. Sie ahnte, weshalb Henning Jostas Zimmer aufgesucht hatte. Aber sie zeigte sich ganz unbefangen.

„Dann laß dich nicht aufhalten, Henning. Ich werde jetzt ins Witwenhaus zurückgehen und mich für eine Fahrt nach Reiberg umkleiden. Das ist vielleicht kurzweiliger, als wenn ich lese. Hast du Lust, mich dann zu begleiten? Ich glaube, das tut deinem Kopfschmerz auch wohl.“

„Wenn du gestattest, werde ich das tun.“

„Gut, Henning. Du hast wohl die Lebenswürdigkeit, in einer Stunde anspannen zu lassen und mich abzuholen.“

„Gern.“

„Dann auf Wiedersehen einstweilen!“

„Auf Wiedersehen!“

Sie verließen nach verschiedenen Richtungen das Boudoir Jostas.

(Fortsetzung folgt.)

### Der amerikanische Senat.

Der New-Yorker Korrespondent der „Daily News“ berichtet, daß eine Abänderung des Friedensvertrages nicht mehr erwartet werde, und daß es deshalb zweifelhaft sei, ob der amerikanische Senat Vorbehalte machen werde. Aufsehenerregend habe Wilson dem Senat einen tiefen Eindruck über den Ernst der europäischen Lage beigebracht.

### Kleine Meldungen.

Berlin. Nach Berliner Morgenblättern hat sich auch im Bereiche der Post in Berlin aus Anlaß des Montagstreiks ein Konflikt entwickelt. Die Oberpostdirektion hat 280 Telegraphenarbeiter wegen der Teilnahme am Streik entlassen.

Berlin. Einkassierende Geschäftsleute werden zum Verkauf ihrer Geschäftshäuser vielfach mit der Drohung aufgefordert, daß vielleicht ihr Eigentum mit Beschlagnahme belegt werden könnte. Das ist aber, worauf von unabhängiger Seite hingewiesen wird, unmöglich. Man lasse sich also nicht einschüchtern.

Haag. Aus London wird gemeldet: Der Korrespondent des „Daily Express“ in Paris meldet, daß der Kronprinz, Feldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff nicht auf der Liste derjenigen Personen stünden, deren Auslieferung durch die alliierten Mächte verlangt werden.

Kopenhagen. Infolge Lohn Differenzen ist in der Metallindustrie ein allgemeiner Konflikt ausgebrochen. Falls die Forderungen bis zum 28. Juli nicht beigelegt sind, wird eine 12 000 Arbeiter umfassende Aussperrung beginnen.

Washington. Das Staatsdepartement gibt bekannt, daß die Vereinigten Staaten die Friedensverträge mit Bulgarien und der Türkei unterzeichnen werden.

### Reichsnotopfer in früherer Zeit.

Wir Menschen von heututage haben uns längst an den Beitrag der Steuer gewöhnt und wissen, daß die Steuern notwendige Abgaben sind, die der Staat von seinen Bürgern zur Bestreitung seiner Bedürfnisse erheben muß. Heute bilden ja die Steuern die Haupterwerbsquelle des Staates und der Gemeinden. Das war ja nicht zu allen Zeiten so. Im alten Rom war die Erhebung der Steuer, gewöhnlich in Form einer Kopfsteuer von mehreren Ästen (Aß war die übliche Bezeichnung, im Beiste von etwa 25 Pfennig) etwas Außerordentliches. Nur in Zeiten äußerster Not, wenn Senat und Volk von einem unglücklichen Krieg gequält, entschloß man sich zu einem solchen, überdies noch recht bescheidenen „Reichsnotopfer“, indem eine Steuer als einmalige Abgabe ausgeschrieben wurde. Das spätere kaiserliche Rom nannte das zwar auch noch öfterordentliche und einmalige Steuer. Zu der Zeit lehrten aber diese „einmaligen“ Abgaben regelmäßig wieder. Das Mittelalter dagegen kannte keine regelmäßigen Abgaben. Steuern wurden da nur in Notfällen erhoben, und man ging dabei recht freundlich zu Werke, wie das Beispiel eines lothringischen Herzogs beweist, der den mageren Staatskassier dadurch wieder etwas aufzufrischen verstand, daß er höchst lobt an einem Sonntag nach Schluß der Kirche in Mey sich unter das Portal stellte und von seiner Untertanen den „Pfennig“ einlieferte. Noch einer der berühmtesten Rechtslehrer des 17. Jahrhunderts, von Sedendorf, lehrt, daß zur Zeit — im Hinblick auf den eben verfloßenen hundertjährigen Krieg — wohl Steuern am Plage seien als untergeordnet die Beitragsleistungen zum Staatshaushalt, daß aber wohl in Bälde diese Abgaben ganz fortfallen könnten. Diese Hoffnung trotz freilich, denn alle Staaten verschuldeten infolge ihrer Ausgaben für das Heerwesen, aber auch durch die stetig vorwärtlicher werdenden Kosten der kulturellen Aufgaben mehr und mehr, und schon zu Lessings und Goethes Zeiten waren Steuern etwas Regelmäßiges geworden. Ein britischer Hofswirt fiel te dann die noch heute in Geltung befindlichen vier goldenen Regeln auf, nach denen die Obrigkeit beim Erheben der Steuern verfahren sollten:

1. Die Steuern sollen möglichst gleichmäßig im Verhältnis zum Einkommen des Steuerpflichtigen stehen (wie heutige sagen etwas gerechter: zur Leistungsfähigkeit!);
2. Sie sollen ihrem Betrage nach bestimmt sein;
3. Sie sollen nach Zeit und Art der Zahlung für den Steuerpflichtigen möglichst bequem sein, und
4. der Staat soll von den Steuern möglichst viel erhalten (dieser letzte Satz wendet sich gegen das besonders früher in Frankreich übliche Verfahren der Steuerpächter, wobei der Steuerpächter ein besseres Geschäft als der Staat machte, aber auch gegen jede Verrechnung im Einziehungsverfahren).

### Lokales und Provinzielles.

Schierstein, den 26. Juli 1919.

er Allgemeine Ortskrankenkasse Schierstein a. Rh. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1918 zeigt, daß die Folgen des vierjährigen Völkermordes und dessen Begleiterscheinungen in immer steigendem Maße ihre Spuren hinterließen. War die Kasse schon zu Jahresanfang gezwungen, um den sich immer mehr steigenden Anforderungen gerecht werden zu können, außer einer erheblichen Beitragserhöhung die Mehrleistungen teilweise wieder außer Kraft zu setzen, so brachten die als Folge der Unterernährung im Sommer und Herbst auftretenden Grippeepidemien eine derartige Belastung für die Kasse, daß bis zum Jahresende eine Mehrausgabe von 10 639,34 Mk. zu verzeichnen war. Der Krankenstand, der in normalen Zeiten 3 v. Hundert betrug, stieg im Monat Oktober bis auf über 12 v. Hundert. Neben der Erhöhung des Arzthonorars und der gewaltig gestiegenen Preise für Arzneien und Heilmittel, die erhebliche Mehrwendungen verursachten, blieb auch die im November erfolgte Demobilisation nicht ohne Einfluß. Die Ausgaben für Behandlung sind gegen das Vorjahr um 80 Prozent,

für Arznei und Heilmittel um 120 Prozent, für Krankengeld um 125 Prozent gestiegen, denen eine Steigerung der Einnahmen gegen das Vorjahr von 78 Prozent gegenübersteht. Die Zahl der mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheitsfälle betrug 1152 gegen 643 im Vorjahr. 39,7% der Krankheitsfälle waren Grippeerkrankungen. Auf je 100 Mitglieder entfielen 74 Krankheitsfälle gegen 47 im Vorjahre. Todesfälle kamen 25 vor gegen 11 im Vorjahre. In Krankenhäusern wurden 68 Mitglieder eingewiesen. Die Waid-erholungsstättenpflege nahmen 7 Mitglieder in Anspruch. Sehr segensreich wirkte die seit 1. März eingeführte Familienhilfe, der am Jahresende gegen 800 Familien angehörten. Einer Gesamteinnahme von 11094.— Mk. stehen gegenüber als wichtigste Ausgaben: Für ärztliche Behandlung 6404,84 Mk., für Arznei, Heilmittel, Wochenhilfe und Sterbegeld 2278,48 Mk. und 1500.— Mk. Verwaltungskosten. Die Mitgliederzahl stieg im Laufe des Jahres um 425. Von den Mitgliedern sind 57,7% männlich und 42,3% weiblich gegen 52% weibl. und 48% männl. im Vorjahre; Eine Folgeerscheinung der Demobilisation. Der Rechnungsabluß zeigt eine Gesamteinnahme von 163144,99 Mk. und eine Gesamtausgabe von 159441,69 Mk. sowie einen Kassenbestand am Jahresende von 3703,30 Mk. Die Rücklage brachte nicht in Anspruch genommen werden, doch war die Kasse genötigt, infolge der an sie gestellten Anforderungen bei der Kass. Landesbank einen Kredit von 16000,00 Mk. aufzunehmen, um nicht Wertpapiere mit erheblichem Verlust verkaufen zu müssen. Leider sind die Fälle der Verletzung der Meldevorschriften (Nichtmeldung von Versicherungspflichtigen und Lohnänderungen) trotz wiederholter Warnungen seitens der Arbeitgeber sehr erheblich, jedoch der Vorstand sich genötigt sah, bei einer Anzahl grober Verstöße Strafantrag zu stellen, was empfindliche Geldbußen für die Betroffenen zur Folge hatte. Es möge dies zur Warnung dienen allen denjenigen, die, sei es aus Fahrlässigkeit oder Unkenntnis, immer wieder die Meldevorschriften verletzen. War das Geschäftsjahr 1918 das ungünstigste seit Bestehen der Kasse, so wird aller Voraussicht nach auch das laufende Geschäftsjahr ein nicht viel günstigeres Resultat bringen, wobei die bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse von erheblichem Einfluß sind.

\*\* Beförderung. Mit Bezug auf unsere letzte Notiz wird ergänzend berichtet, daß auch Herr Polizeifergant Steingrobe zum Polizeiwachmeister befördert worden ist.

sc. Der Ziegenzuchtverein beschloß in seiner in der „Rheinlust“ abgehaltenen Versammlung, am 18. August eine Ziegenausstellung zu veranstalten. Es wurde auch zur Wahl der Preisrichter geschritten und eine Kommission von 7 Mitgliedern gewählt, die die weiteren Schritte in der Ausstellungsangelegenheit zu tun hat. Der Verein, der in der Kriegszeit gegründet wurde, hat an Mitgliederzahl schon die 130 überschritten. Es wurde noch beschlossen, zur Verbesserung des Zuchbestandes neue Zuchtböcke anzukaufen.

sc. Der Kaninchenzuchtverein (C. B.) hält, wie schon seit Jahren, auch in diesem Herbst seine alljährliche Ausstellung ab. Der Verein zählt zurzeit über 200 Mitglieder und ist der ständige im Landkreis Wiesbaden. Aber auch was die Zahl der Züchter und deren Qualität antrifft, kann er es mit allen Vereinen, die dem Verbande im Reg.-Bezirk Wiesbaden angehören, aufnehmen. Als Preisrichter kommen die Herren Deneffe in Höchst und Schmalz in Fachsenheim in Betracht.

\*\* Selbstmord. Gestern nachmittag verübte der Hausierer L. Dezius von hier Selbstmord in seiner Wohnung durch Erhängen.

\* Freigabe des Güterverkehrs zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet. Im Anzeigenblatt veröffentlicht die Eisenbahndirektion Mainz eine Bekanntmachung über den Güterverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet, soweit derselbe nunmehr einer Beschränkung nicht mehr unterworfen ist. Wir empfehlen die Bekanntmachung den Interessenten zur besonderen Beachtung.

\* Umtausch des Papiergeldes. Ein Telegraphenbureau meldet: Zur genauen Feststellung des vorhandenen Vermögens wie zur restlosen Erfassung, die wegen der Besteuerung notwendig ist, hat sich, wie die „Berliner Börsenzeitung“ berichtet, das Reichsministerium entschlossen, folgende Maßregel in die Wege zu leiten: In nächster Zeit wird alles vorhandene Papiergeld eingezogen und durch Gutscheine ersetzt, die aber gegen das neue Papiergeld eingetauscht werden. Hierdurch ist jeder gezwungen, vorhandenes Papiergeld abzuliefern und zugleich die Summe anzugeben, denn er erhält nur soviel zurück, als er angegeben hat, während das nicht angegebene und nicht abgelieferte Papiergeld für ungültig erklärt wird. Ferner werden sämtliche Wertpapiere einer Abstempelung unterzogen und somit unter Kontrolle gebracht. Die nicht abgestempelten Papiere verlieren ihren Wert. Ähnliche Maßnahmen werden gegenüber den verschiedenen Gesellschaften vorgenommen, um die dort investierten Werte festzustellen.

\* Der Offizier als Wachmeister. Offizieren, die aus den Unteroffizieren des Friedensstandes hervorgegangen sind, ist der Eintritt in die preussische Landgendarmarie zur Übernahme einer Gendarmenstelle gestattet. Sie dürfen aber aus dem militärischen Range als Offizier keinerlei Sonderansprüche für ihre Stellung bei der Gendarmarie herleiten und müssen ihre Gleichstellung mit den Gendarmenwachmeistern in dienstlicher, disziplinarischer und ranglicher Hinsicht anerkennen.

## Bekanntmachung.

Auf Befehl der Interalliierten Kommission ist die Blockade Deutschlands vom 12. Juli d. J. ab aufgehoben.

Die Beschränkungen des Güterverkehrs zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland kommen in Fortfall, ausgenommen nachstehende Fälle:

Unterjagt bleibt die Ein- und Ausfuhr von Waffen, Munition und Kriegsgerät.

Für die Ausfuhr von chemischen pharmazeutischen Produkten, Farbstoffen, Platin, gemünztem und ungemünztem Gold und Silber, sowie fremden Werten aus dem besetzten Gebiet ist besondere Genehmigung der Kommission Interalliee Territoires Rhénans in Koblenz erforderlich. Bezüglich der Ausfuhr von Kohlen und Koks bleibt es bei den seitherigen Bestimmungen.

Bis auf weiteres dürfen nur rohe Braunkohlen, Braunkohlensand und Braunkohlenbräun, welche von der Verteilungsgesellschaft in Köln spendiert sind, ohne besondere Genehmigung ausgeführt werden.

Alle Beschränkungen, denen die Einfuhr und Ausfuhr aus dem Großherzogtum Luxemburg unterworfen waren, sind aufgehoben.

Diese Anweisungen betreffen nicht den Verkehr mit den alliierten und neutralen Ländern. Für die Ausfuhr nach diesen Ländern ist, soweit der Verkehr über besetztes Gebiet geht, die Genehmigung der C. I. T. M. in Koblenz erforderlich.

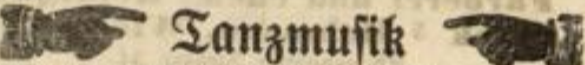
Mainz, den 17. Juli 1919.

### Preuß. und Hess. Eisenbahndirektion.

Erscheint mit Genehmigung der Unterkommission für den Bezirk Mainz.

## Restaurant „Tivoli“.

Morgen, Sonntag, den 27. Juli, von nachm. 4 Uhr ab

 Tanzmusik

ausgeführt vom Musik-Verein Schierstein.

Es ladet hierzu freundlichst ein

Wilhelm Höbner.

## Bekanntmachung.

Am Mittwoch, den 30. Juli 1919, vorm. 11 Uhr,

lassen die Erben der Eheleute Gastwirt Jean Neumann und Luise geb. Dörner zu Schierstein ihre in hiesiger Gemarkung belegenen und im Grundbuche von Schierstein, Band 21, Blatt 548, verzeichneten Grundstücke

Fläche	Flur	Parzelle	Bezeichnung	Gemarkung	Größe
Nr.	Nr.	Nr.	Distrikt	AP	qm
1	6	204	Ader Mayen	I	6 55
3	6	72	Weinberg Jäunchen (Ader)		14 90
4	18	86	Ader Wahr	II	20 37
5	5	403	„ Pfaffer	II	11 32
6	5	26	Weinberg Platt		3 16
11	16	47	„ Kranz		5 51
12	4	193	„ Tachberg	III	3 65
14	18	87	Ader Wahr	II	8 77

öffentlich meistbietend im Sitzungssaal des Rathauses durch den unterzeichneten Ortsgerichtsvorsteher versteigern.

Die Versteigerungsbedingungen und die die Grundstücke betreffenden Nachweisungen können während der Dienststunden bei mir eingesehen werden.

Schierstein, den 27. Juli 1919.

Der Ortsgerichtsvorsteher:

Schmidt.

### Empfehlung.

Der geehrten Einwohnerschaft zur Kenntnis, daß ich infolge Warenmangels in Tabakzeugnissen neu hinzugelegt habe:

Künstlerpostkarten, Strandbadkarten, feinstes Briefpapier und Umschläge, Bleistifte, Brillant-Wunder-Tinten, in Mappen enthaltend 10 Fläschchen Tinte zu 40 Pfg. Bei Bedarf halte mich bestens empfohlen

Ludwig Wehnert,  
Friedrichstr. 2.

Städtische



Sparkasse

Biebrich.

Mündelscher.

Annahme von Spareinlagen unter günstigen Bedingungen.

Eröffnung von provisionsfreien Scheckkonten.

Eröffnung von Konten in laufender Rechnung.

Vermietung von Schrankfächern.

Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.

An- und Verkauf von Wertpapieren.

Geschäftsgebäude: Rathausstraße 59. Geöffnet von 8<sup>1/2</sup> bis 1<sup>1/2</sup> Uhr.

Telefon: Biebrich Nr. 50.

Statt Karten.

Berta Kahn

Jakob Ballin-Oppenheimer

Verlobte

Schierstein a. Rh. Friedberg (Hessen).

Juli 1919.

Färberei und chem. Reinigung  
Beck & Hohmann, Wiesbaden

Rüdesheimer Strasse 34

empfehlen sich im Färben und Reinigen von Herren- und Damen-Garderoben, Möbelstoffen, Gardinen, Spitzen, Federn, Handschuhen usw. Durch langjährige Erfahrungen sind wir in der Lage, jeden Auftrag fachgemäß und prompt auszuführen. Eilige Sachen innerhalb 24 Stunden.

Annahmest. bei Wehnert, Zigarrengeschäft, Friedrichstr. 2.

Zur Reisezeit!  
Für Herren:

Sacco-Kuzüge M. 118.50, 140.—, 185.—, 295.—, 395.—

Joppen-Kuzüge M. 50.—, 67.—, 84.—, 98.—

Walschoppen und Hüftjackets M. 26.50, 35.—, 48.—, 68.—, 90.—

Hosen, Strapsazierware M. 15.—, 20.—, 32.—, 56.—, 88.—

W. engl. Regenmäntel, Pariser Schnitt, sehr angenehm im Tragen, kein Gummi M. 395.—

Mahnfertigung aus besten engl. und deutschen Stoffen unter Garantie für guten Sitz.

Stoffverkauf auch per Meter.

Jünglings- und Knabenkleidung  
in reicher Auswahl.

Für Damen:

Sport- u. Straßen-Kostüme M. 142.—, 152.50, 173.—

Regenmäntel und Jacken M. 195.—, 245.—, 295.—

Gummimäntel, feine Pariser Form M. 325.—, 345.—

Einzelne Röcke M. 31.50, 40.—, 72.50

Mädchenkleider, Größe 45—100 von M. 10.— bis 40.—

Gelegenheitsverkauf:

Hosenträger M. 1.25, 1.75, 4.50, 9.50, 16.—

Widertagamaschen M. 5.—, 10.—, 15.—

Handschuhe M. 3.—, 6.—, 9.—

Bruno Wandt, Wiesbaden, Kirchgasse 56.

Fahrrad - Gummibereifung.

Größere Sendung in Luftschläuchen und Decken zu billigen Preisen eingetroffen.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

T. Klauss Fahrradhandlung

Wiesbaden Bleichstrasse 15 Tel. 4806.

Eingemachtes  
Schweinefutter  
sucht zu kaufen

J. Sattler,  
Wilhelmstr. 28.

Eine Grube

Ruh-, Ziegen-, und  
Pferdedung,

zirca 200 Ztr. zu verkaufen.

Dohheim,

Neugasse 22.

Bibelftunde

Sonntag, den 27. Juli,

Abends 8<sup>1/2</sup> Uhr,

Wilhelmstraße 25, II.

Redner: Herr Rosenow.

Ein Paar

Herrentiefel und Sandalen

(Größe 46)

beide neu, zu verkaufen.

Zeilsr. 16.

Hemdentuche  
Schürzenzeuge  
Hemdenflanelle  
Blusenflanelle  
Rohnessel  
Matratzendrelle

in grösster Auswahl  
zu billigsten Preisen

Für Wiederverkäufer  
Engros-Preise.

Julius  
Lahnstein

MAINZ

Gutenbergplatz 13

Schlafzimmer

reichen u. ruhbaum lackiert,  
preiswert zu verkaufen.

Karl Fischer,

Schreinermeister,

Wiesbaden,

15 Helenenstrasse 15.

3-Zimmerwohnung

mit oder ohne Baden sofort  
oder später zu mieten gesucht.  
Zu erfragen in der Geschäfts-  
stelle.

Tabak

Grosser Posten Feinschnitt  
gute, reine Ware

per 100 Gramm Mk. 4.—

wieder eingetroffen

Für Wiederverkäufer

Sonderpreise.

Georg Zollingen Nachf.

Louis Oberding

Schwalbacherstrasse 43.

Ferner ein grosser Posten

Zigarretten

eingetroffen.

Einen Teil von einer

Scheune zu verpachten.

Zu erfragen in der Geschäfts-  
stelle.

Zwei sehr schöne

Betten

mit Sprungrahmen und

Matrassen zu verkaufen.

Karl Sommer jr.,

Tapetier.

Kirchliche Nachrichten.

Evgl. Kirche.

Sonntag, 22. Juli 1919.

Vorm. 9<sup>1/2</sup> Uhr Gottesdienst.

10<sup>1/2</sup> Uhr Kindergottesdienst.

Nachm. 4 Uhr Bibelftunde.

Kollekte für den Nass. Ge-  
fängnis-Verein.

Pfr. Gutz.

Allgemeine Ortskrankenkasse

Schierstein a. Rh.

Rechnungsabschluss für das Jahr 1918.

Einnahmen:

1. Barbestand am 1. Januar 1918
2. Zinsen von Kapitalanlagen
3. Beiträge:
  - a) von Versicherungspflichtigen
  - b) " Arbeitgebern
  - c) " Versicherungsberechtigten
4. Zusatzbeiträge für Familienhilfe
5. Vermögensanlagen:
  - a) Wertpapiere
  - b) bei Banken, Sparkassen usw.
  - c) Hypotheken
6. Ersatzeleistungen:
  - a) von Versicherungsträgern
  - b) zurückerstattete Reichswochenhilfe
7. Sonstige

Mt.	Pfg.	Mt.	Pfg.
		2233	
		2503	
56051	95		
27737	72		
4753	92	88543	
		11094	
200	—		
46827	64		
7028	31	45055	
1670	28		
2243	35	3913	
		800	
		163144	

Ausgaben:

1. Krankenhilfe, Wochenhilfe und Familienhilfe
  - a) Behandlung durch approbierte Ärzte
  - b) " " Zahnärzte
  - c) " " andere Heilpersonen
  - d) Arznei und sonstige Heilmittel aus Apotheken
  - e) sonstige Arznei und Heilmittel
  - f) Krankenhauspflege
  - g) Krankengeld
  - h) Wochen-Schwangeren und Stillgeld
  - i) Hausgeld
  - j) bare Leistung statt ärztlicher Versorgung
2. Sterbegeld:
  - a) für versicherte Mitglieder
  - b) für Familienangehörige
3. Verwaltungskosten:
  - a) persönliche
  - b) sächliche
  - c) Umlagen usw. zur Deckung von Verbandsausgaben
4. Vermögensanlagen:
  - a) Wertpapiere
  - b) bei Banken, Sparkassen usw.
  - c) Hypotheken
  - d) Erwerb von Grundeigentum und Geräten
5. Ersatzeleistungen
6. Sonstige

Mt.	Pfg.	Mt.	Pfg.
16429	06		
155	20		
627	45		
11779	71		
1189	62		
7146	95		
53389	47		
4316	89		
877	84		
56	80	95968	
1860	—		
40	—	1900	
12185	64		
3482	20		
140	50	15808	
980	—		
25022	46		
7028	31		
9279	91	42310	
		1426	
		2027	
		159441	

Abchluss.

Einnahme	163144.99 Mt.
Ausgabe	159441.99 "
Bestand am 31. Dezember 1918	3703.30 "

Vermögensnachweis.

a) Aktiva:

1. Kassenbestand laut Abschluss
2. Hypotheken
3. Wertpapiere
4. Guthaben bei Banken, Sparkassen usw.
5. Grundbesitz
6. Geräte
7. Sonstige Forderungen

Mt.	Pfg.
3703	
7028	
50784	
42	
9279	
1100	
458	
im ganzen:	72997

b) Passiva:

1. Darlehn und Vorschüsse
2. Hypothekenschuld

Mt.	Pfg.
16556	
7028	
im ganzen:	23584

Ueberschuss der Aktiva

Nach dem vorjährigen Abschluss betrug der Ueberschuss der Aktiva

Abnahme des Vermögens:

Mt.	Pfg.
48813	
59452	
10639	

Bewegung und Nachprüfung der Rücklage:

Bestand am Schlusse der Vorjahres	Mt. 47500.—
Zugang im Geschäftsjahr	" —
Abgang im Geschäftsjahr	" —
Bestand am Schlusse des Geschäftsjahres	Mt. 47500.—

Wird gemäß § 107 der Satzung hiermit veröffentlicht.

Schierstein, den 25. Juli 1919.

Der Kassenvorstand